



**WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN**

**Im Dialog gestalten**

**Für ein Europa in Freiheit, Sicherheit  
und Wohlstand**

Kurzfassung

München, April 2024

**Ottostraße 5, 80333 München,  
Tel: 089 2422 86 0, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)  
Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner**

---

## Inhaltsverzeichnis

1. Den Menschen Freiheit und Wohlstand in Solidarität, durch Herrschaft des Rechts und eine offene Marktwirtschaft garantieren..... 3
2. Frieden und Freiheit in einer Welt in Aufruhr sichern ..... 3
3. Die EU handlungsfähiger, unbürokratischer und flexibler machen, damit sie attraktiver wird ..... 4
4. Für niedrige Schulden und stabiles Geld sorgen, stärkt die Wirtschaft, macht Politik handlungsfähig, gibt künftigen Generationen Freiheit..... 5
5. Den Binnenmarkt ausbauen und vertiefen, gibt Europa Wohlstand und wirtschaftliche Stärke im globalen Wettbewerb der Mächte ..... 6
6. Das Zusammenwachsen der Welt zum Nutzen aller gestalten ..... 7

## 1. Den Menschen Freiheit und Wohlstand in Solidarität, durch Herrschaft des Rechts und eine offene Marktwirtschaft garantieren

Die Europäische Union bietet den Menschen einen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Wohlstands und des Rechts. Uns verbinden kulturelle Vielfalt und eine gemeinsame europäische Identität. Offene Märkte, Respekt vor nationalen Identitäten und Achtung gemeinsamer Regeln haben die längste Phase des Friedens auf unserem Kontinent ermöglicht. Heute ist die Welt in Aufruhr. Die EU hat aber alle Voraussetzungen, die gegenwärtigen Umbrüche erfolgreich zu bewältigen.

Nach außen muss sich Europa im Ringen der Großmächte durch gemeinsames Auftreten und mit einer Stimme behaupten. Die EU muss ihre Kooperationsfähigkeit mit den USA herstellen, um deren Kooperationsbereitschaft einfordern zu können. Europa muss mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen und wesentlich mehr in seine Verteidigungsfähigkeit investieren.

Nach innen muss die EU ihre Einigungs- und Handlungsfähigkeit stärken, den Weg in eine Transferunion stoppen, das Subsidiaritätsprinzip beleben. Die EU muss die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa und seiner Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt ihrer Agenda stellen und wieder mehr auf die Kraft einer offenen Marktwirtschaft setzen. Freie Unternehmen im Wettbewerb, klare verlässliche Regeln, Mut zu Innovationen stärken Europa. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards muss dabei Leitbild sein.

## 2. Frieden und Freiheit in einer Welt in Aufruhr sichern

Nie in der Nachkriegsgeschichte haben sich Krisen in einer Dichte angehäuft, wie heute. Europa muss selbst wieder mehr Verantwortung und Engagement für die eigene Sicherheit und für die Sicherheit in der Welt übernehmen. Es geht um den Schutz der europäischen Freiheitsidee.

- Die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA und anderen westlichen Ländern ist zu vertiefen. Die EU muss uneingeschränkt zur NATO stehen.
- Die Mitgliedstaaten der EU müssen mehr Mittel für die Sicherheit bereitstellen und effektiv einsetzen. Eine europäische Rüstungsagentur soll gemeinsame Rüstungsprojekte und -beschaffung aufsetzen.
- Die bestehenden Armeeverbände sind im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu einem europäischen Pfeiler der NATO auszubauen.

- Europa muss die Außengrenzen wirksam schützen, um innere Sicherheit zu garantieren. Bereits in Transitzentren an den Außengrenzen ist Klarheit zu schaffen, wer weiterreisen darf und wer nicht. Frontex muss dies sicherstellen. Europa braucht ein einheitliches schnelles Asylverfahren, das an oder vor den Außengrenzen realisiert wird und nur wirklich politisch Verfolgten hilft.
- Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung für ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte, die den Arbeitsmarkt stärken können. Fehlanreize zur Zuwanderung in unsere Sozialsysteme sind zu unterbinden.

### 3. Die EU handlungsfähiger, unbürokratischer und flexibler machen, damit sie attraktiver wird

Europa zieht seine Kraft aus seiner Vielfalt, dem Respekt vor nationalen Identitäten und der Freiheit der Menschen. Dem muss die EU wieder stärker Rechnung tragen. Konkret heißt das, so wenig Zentralisierung wie nötig, so viel Dezentralisierung wie möglich, so wenig Reglementierung wie nötig, so viel Freiheit wie möglich.

- Die EU muss sich auf Kernkompetenzen konzentrieren wie Außen- und Sicherheitspolitik, Migrationspolitik, Klimapolitik. Die Bereiche Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Umwelt-, Steuer-, Fiskal-, Wirtschaftspolitik müssen bei den Nationalstaaten bleiben oder diesen zurückgegeben werden.
- Kompetenzgrenzen der Europäischen Verträge sind besser zu achten. Dies gilt v. a. für das Subsidiaritätsprinzip und Delegierte Rechtsetzungen von Kommission und europäischen Agenturen. Über ein Kompetenzkontrollverfahren sollen Mitgliedstaaten oder ein Quorum des Europaparlaments eine Kompetenzüberschreitung vor dem Europäischen Gerichtshof rügen können.
- Die EU darf die Wirtschaft nicht im Detail regulieren. Das ist zum Scheitern verurteilt, weil es Kreativität und Innovationskraft einschränkt. Politik muss den Rahmen vorgeben, ansonsten Freiheit einräumen, Markt und Wettbewerb wirken lassen. Weniger Reglementierung, weniger Zentralismus, mehr Demokratie, mehr Freiheit, so müssen die Grundprinzipien für die EU lauten.

#### 4. Für niedrige Schulden und stabiles Geld sorgen, stärkt die Wirtschaft, macht Politik handlungsfähig, gibt künftigen Generationen Freiheit

Die Schuldendynamik in der EU ist zu stoppen. Überschuldungen von Mitgliedstaaten und hohe Inflationsraten führen in wirtschaftliche Krisen. Umgreifende europäische Umverteilung, gemeinsame Schulden, gemeinsame Haftungs- und Garantieinstrumente entlassen Mitgliedstaaten aus der Verantwortung für ihre Staatsfinanzen und steigern die Neigung zu Schulden. Verteilungskonflikte in der EU untergraben den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Nur eine solide Fiskal- und Haushaltspolitik in allen Mitgliedstaaten erhalten Europas Wohlstand und Freiheit.

- Haftung und Verantwortung müssen in einer Hand bleiben. Jeder Mitgliedstaat muss selbst für seine Schulden geradestehen.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Fiskalvertrag geben den Nationalstaaten klare Regeln für eine solide Fiskalpolitik. Diese Regeln dürfen nicht weiter aufgeweicht werden, sie müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Dafür ist eine unabhängige Kontrollinstanz notwendig.
- Investitionen in die Sicherheit Europas und die Transformation der Wirtschaft sollten nicht vorrangig durch neue Schulden finanziert werden. Staatsschulden schaffen gesamtwirtschaftlich keine zusätzlichen Ressourcen, sie verdrängen nur private Investitionen und treiben die Inflation. Zukunftsinvestitionen müssen aus bestehenden Finanztöpfen, durch Umschichtungen und Einsparungen an anderen Stellen im Haushalt finanziert werden.
- Die Möglichkeit, gemeinsame europäische Anleihen aufzunehmen (Next Generation EU), muss eine einmalige Ausnahme bleiben. Gemeinsame Schulden und europäische Steuern sind zu verhindern.
- Für Notfälle ist ein Restrukturierungsverfahren bzw. eine Insolvenzordnung für Euro-Staaten einzuführen, die sicherstellen, dass nicht die Staatengemeinschaft sondern die Gläubiger eines Staates belastet werden.
- Die Bankenunion darf Bankenrisiken nicht vergemeinschaften. Banken müssen über eine einheitliche Regulierung widerstandsfähiger werden. Die Einlagensicherung muss nicht zentralisiert werden, es reicht, die Einlagensicherungsrichtlinie umzusetzen und das Restrukturierungsverfahren für große Institute anzuwenden. Das Drei-Säulen-System - Privatbanken, Öffentlich-Rechtliche Banken, Genossenschaftsbanken - hat sich in Krisen bewährt und ist zu erhalten.

## 5. Den Binnenmarkt ausbauen und vertiefen, gibt Europa Wohlstand und wirtschaftliche Stärke im globalen Wettbewerb der Mächte

Der Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration. Er ist Motor der europäischen Wirtschaft und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Er ist Garant für Wohlstand und Stabilität. Er gibt der EU als Handelsblock Verhandlungsstärke im Spiel der geopolitischen Mächte.

- Klimapolitik wird besser europäisch als national und am besten weltweit statt europäisch angegangen. Die Transformation der Wirtschaft durch die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kann dabei nur über einen allumfassenden Emissionshandel gelingen. Spezifische Sektor-Ziele oder Technologie-Vorgaben sind kontraproduktiv. Damit die Wirtschaft zur Transformation in der Lage ist, muss aber ihre Wettbewerbsfähigkeit substantiell gestärkt werden.
- Die EU sollte den europäischen Energiebinnenmarkt vorantreiben. Sie muss die Infrastruktur für Strom, Gas, Wasserstoff und CO<sub>2</sub> zügig ausbauen, am bewährten, marktlichen Strommarktdesign festhalten und das Angebot an Energie technologieoffen ausweiten.
- Ein funktionierender digitaler Binnenmarkt ist entscheidend, wenn Europa sich im globalen Technologiewettbewerb behaupten will. Die EU muss eine digitale Agenda vorlegen mit kräftigen Investitionen in Informations- und Kommunikationsnetze sowie einheitlichen Standards in der Cyber-Sicherheit. Ein einheitlicher digitaler Rahmen muss an die Stelle von 27 nationalen Lösungen treten. Der AI-Act, der Data-Act sind wichtige Schritte. Sie dürfen aber nicht durch Überregulierung Innovationsdynamik abwürgen. Die EU muss insgesamt für ein dynamisches und leistungsfähiges Ökosystem für Innovationen implementieren.
- Die EU muss auch in der Industriepolitik auf Markt und Wettbewerb setzen. Sie muss das Wettbewerbsrecht und seine Handhabung der globalen Welt anpassen, damit Europäische Champions über den Markt entstehen, die den Konkurrenten aus China und den USA Paroli bieten können. Politisch europäische Champions zu bilden, wäre ein Irrweg. Subventionen, Reglementierung und umfassende pauschale Verbote (PFAS) sind auch in der Industriepolitik falsch. Die EU muss angebotsorientierte Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit umsetzen.
- Die EU muss eine Kapitalmarktunion verwirklichen. Beschränkungen des Kapitalverkehrs sind abzubauen. Unterschiede in den Insolvenzregeln und

unterschiedliche, oft mehrfache steuerliche Belastungen von Ausschüttungen sind zu harmonisieren. Risikoadäquate Eigenkapitalquoten für Finanzinstitute verhindern, dass Finanzfirmen riskante Geschäfte zu Lasten Dritter eingehen.

## 6. Das Zusammenwachsen der Welt zum Nutzen aller gestalten

Nur wer die Globalisierung mitmacht, kann sie gestalten. Europa profitiert von der internationalen Zusammenarbeit und muss diese vertiefen. Im Umgang mit China gilt es, politischen Risiken Rechnung zu tragen und einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Eine Welt ohne Handelsbeziehungen mit China ist aber nicht vorstellbar. Europa muss seine internationalen Beziehungen deshalb diversifizieren.

- Europa braucht einen neuen Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA.
- Die EU muss den Handel mit den USA, Kanada, Brasilien, Japan, Südkorea, Australien und Indonesien und anderen OECD-Staaten zu einem Binnenmarkt der Freiheit ausbauen.
- Die EU sollte parafierte Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, Mexiko, Chile und Neuseeland ratifizieren und neue Abkommen mit Indien, Indonesien, Thailand und Australien abschließen. Länder wie Usbekistan, Kasachstan und Georgien sind attraktive Partner, weil sie reich an natürlichen Ressourcen sind.
- Die EU darf Handelsabkommen nicht mit wirtschaftsfremden Themen und Forderungen überfrachten, die von den Partnern als Protektionismus und Bevormundung verstanden werden. Sie sollte keine gemischten Abkommen mehr auf den Weg bringen, sondern nur noch kleinere, für die ausschließlich sie zuständig ist.

